

Beschluss vom 29. August 2022

Parl.-Nr. 2022.63

Areal Obertor: Öffentlicher Gestaltungsplan «Areal Obertor»; Verzicht auf das Ausarbeiten eines öffentlichen Gestaltungsplans, Festlegen der weiteren Planungsschritte der Teilbereiche zur Erreichung der Ziele des Gegenvorschlages

Das Stadtparlament hat an seiner Sitzung vom 29. August 2022 mit 49:0 Stimmen beschlossen:

1. Auf das Ausarbeiten eines öffentlichen Gestaltungsplans gemäss Ziffer 3 und 4 des durch das Parlament am 15. April 2019 (Parl.-Nr. 2018.76) genehmigten Gegenvorschlags zur Volksinitiative «Obertor: Boden behalten – Winterthur gestalten» wird verzichtet.

2. Die Ziele des Gegenvorschlags werden wie folgt erreicht:

2.1 Die Liegenschaften Obertor 11, 13 und 17 verbleiben im städtischen Eigentum, unterliegen der Kostenmiete, werden saniert und umgenutzt. Die Liegenschaften 11 und 13 werden im Erdgeschoss gewerblich genutzt und in den Obergeschossen werden bezahlbare Wohnungen realisiert. Im «Haus zum Adler», Obertor 17 (kantonales Schutzobjekt) werden Büroräume entstehen.

2.2 Die Liegenschaften Obertor 15 und 17a im Innenhof werden im Baurecht abgegeben. Die Baurechtsfläche entspricht dem Gebäudegrundriss. Im Erdgeschoss werden kulturell-ideelle Nutzungen oder kreatives Gewerbe angestrebt und der Hofraum aktiv im Rahmen der Vorgaben für den Innenhof durch die Nutzenden mitgestaltet. In den oberen Geschossen kann eine Wohnnutzung wie z.B. Mehrgenerationenwohnen oder Clusterwohnen realisiert werden.

2.3 Die Liegenschaft Badgasse 6 (kantonales Schutzobjekt) wird im Baurecht für eine Bad- oder Wellnessanlage abgegeben.

2.4 Der Innenhof wird öffentlich zugänglich und eine Verbindung zwischen Badgasse und Obertor schaffen. Der Hofraum verbleibt in Besitz und Verantwortung bei den jeweiligen Eigentümerinnen und Eigentümern. Der Hofbereich im Eigentum der Stadt wird nicht weiter unterteilt und den einzelnen Liegenschaften nicht ausschliesslich zugeordnet, sondern als Einheit gestaltet und verwaltet.

Für das Stadtparlament

Der Parlamentsschreiber:

M. Bernhard

Mitteilung an:

- Departement Bau, Bezirksrat.